

Unruhen, Streiks, Fememorde Die innenpolitische Entwicklung

Einführung

Unter Berücksichtigung vor allem innenpolitischer Aspekte läßt sich die Weimarer Republik in drei Phasen untergliedern: in die Entstehungs- und Selbstbehauptungsphase (1918/19-1923), in die Phase der relativen Stabilisierung (1924-1929) und in die Auflösungs- und Zerstörungsphase der Republik (1930 -1933). In der ersten Phase reihte sich eine Krise an die andere, eine innere Konsolidierung war unmöglich. Bis 1923 war die Existenz der staatlichen Ordnung wiederholt in Frage gestellt; die krisenhafte Entwicklung erreichte erst 1923 ihren Kulminationspunkt.

Die Gegner der parlamentarischen Demokratie waren sowohl auf der extremen Linken wie auf der extremen Rechten anzutreffen. Während letztere teils eine Wiederherstellung der vordemokratischen Monarchie, teils eine Diktatur nationalistisch-plebiszitären Charakters erstrebte, verfolgte erstere das Ziel der Diktatur des Proletariats.

Zu den innen- kamen die außenpolitischen Belastungen: Frankreich beharrte unerbittlich auf genauester Erfüllung des Friedensvertrages, die Reparationsfrage beherrschte die Außen- und Innenpolitik, die Auseinandersetzungen um Oberschlesien endeten mit einer bitteren Enttäuschung für Deutschland, der durch die Ruhrbesetzung ausgelöste passive Widerstand musste abgebrochen werden, separatistische Bestrebungen bedrohten die Reichseinheit.

Im Herbst 1923 gelangte die erste Krisenphase der Republik an ihr Ende; innen- und außenpolitisch setzte eine allmähliche Beruhigung ein. Allerdings ließen die ersten Jahre der Republik und die auch über 1923 hinaus anhaltende antidemokratische Agitation von rechts schon erahnen, dass die vorerst gelungene Selbstbehauptung der Republik nicht unbedingt zu einer dauerhaften Konsolidierung der parlamentarischdemokratischen Staatsordnung führen musste.



Chronik

Januar 1920

Demonstrationen der USPD und KPD gegen das Betriebsrätegesetz.

13.-17. März 1920

Kapp-Lüttwitz-Putsch.

Neues Aufflackern der Revolution in Sachsen.

15. März 1920-10. Mai 1920

Aufruhrbewegung im Ruhrgebiet.

16. Oktober 1920

Spaltung der USPD

März 1921

Kommunistischer Aufruhr in Mitteldeutschland

26. August 1921

Ermordung Matthias Erzbergers

24. Juni 1922

Ermordung Walther Rathenaus.

18. Juli 1922

Republikenschutzgesetz.

26. September 1923

Ausnahmezustand in Bayern

Oktober 1923

Unruhen im Freistaat Bayern.

8.-19. November 1923

Hitler-Putsch in München.



Die Enttäuschung der Arbeiterschaft

Der Zusammentritt der Nationalversammlung und die Verabschiedung der Weimarer Verfassung bedeuteten keineswegs das Ende der inneren Unruhen. Immer noch glaubten Arbeiter, durch Streiks - in deren Gefolge es erneut zu Blutvergießen kam, zum Beispiel in Leipzig, Berlin, Hamburg, Oberschlesien - die Sozialisierung erzwingen zu können. Die großen Demonstrationen der USPD und KPD vor dem Reichstag, die gegen das Betriebsrätegesetz gerichtet waren, wurden im Januar 1920 durch Maschinengewehrfeuer auseinandergetrieben. Die Vertrauenskrise der Arbeiterschaft gegenüber dem neuen Staat und die politische Radikalisierung nahmen deutlich zu. Die in linker Opposition stehende USPD konnte ihre Mitgliederzahl von 300 000 (März 1919) auf, 893 000 (Oktober 1920) fast verdreifachen, ihren Einfluss in den Gewerkschaften (vor allem im Deutschen Metallarbeiterverband) steigern und große Wahlerfolge (1919: 7,6%, Juni 1920: 18,8%) verbuchen. Ein großer Teil der Arbeiter war vom neuen Staat zutiefst enttäuscht und lehnte ihn ab.

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch

Der neue Staat musste sich auch gegen den Widerstand der Rechten behaupten. Das durch den Versailler "Schmachfrieden" in seinem Nationalstolz getroffene Bürgertum war nur allzu bereit, die Legende vom Dolchstoß in den Rücken des im Felde angeblich ungeschlagenen Heeres zu glauben. Neben den restaurativen Strömungen etwa der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), die sich bereits Ende 1919 zur Monarchie bekannte, bildete sich ein neuer Nationalismus" heraus, dem vor allem die Völkischen mit ihrem auf pseudowissenschaftlichen Rassenlehren gegründeten Antisemitismus huldigten. Sie waren in einer Unzahl von Gruppen und Bünden (Thule-Gesellschaft, Wälsungen-Orden, Deutschvölkischer Schutz- und Trotzverband u. v. a.) organisiert, verstanden sich als kämpferisch und revolutionär und trachteten danach, mit Hilfe eines "Führers" die Ideen der Volksgemeinschaft und des "deutschen Sozialismus" zu verwirklichen.

Dieser auf Frontkameradschaft basierende und das Führertum kultivierende neue Nationalismus war auch besonders in den Freikorps vertreten, die kein inneres Verhältnis zu dem neuen Staat, dem "System", gefunden hatten. Als zur Durchführung der Versailler Vertragsbestimmungen das Heer reduziert werden musste, erreichte die Unzufriedenheit in der Armee und besonders bei den von Auflösung bedrohten Freikorps ihren Höhepunkt. Im März 1920 sollte die Marinebrigade Ehrhardt aufgelöst werden; sie widersetzte sich jedoch und wurde in ihrem Widerstand durch General von Lüttwitz, den Oberbefehlshaber der Truppen in Berlin, unterstützt. In einer erregten Beratung in der Nacht vom 12. zum 13. März zwischen Reichswehrminister Noske und der Reichswehrführung wurde deutlich, dass der größte Teil der Armee nicht hinter der Regierung stand. General von Seeckt, der Chef des Truppenamtes, erklärte unmissverständlich, dass Reichswehr nicht auf Reichswehr schieße (vgl. Dok. 1). Daraufhin floh die Regierung zuerst nach Dresden, dann nach Stuttgart. Nachdem die



Wolfgang Kapp, rechtsradikaler Politiker, bei seiner Flucht mit einem Flugzeug nach dem Scheitern des von ihm initiierten sog. "Kapp-Putsches" vom 13. März 1920

Brigade Ehrhardt Berlin kampflos eingenommen hatte, beauftragte Lüttwitz den Alldeutschen Wolfgang Kapp, der schon längere Zeit einen Staatsstreich geplant hatte, mit der Bildung einer neuen Regierung. Der Putsch scheiterte allerdings bereits nach wenigen Tagen (17. März) sowohl am verfassungstreuen Verhalten und passiven Widerstand der Beamten wie am Generalstreik der Gewerkschaften.

Noske, dessen Stellung in seiner eigenen Partei unhaltbar geworden war, trat zurück; auch General Reinhardt, als Chef der Heeresleitung einer er wenigen regierungstreuen Offiziere, nahm seinen Abschied und wurde durch General von Seeckt ersetzt. Der Kapp-Putsch offenbarte das zwiespältige Verhältnis zwischen Republik und Reichswehr. Diese verharnte den Republikfeinden von rechts gegenüber weiterhin in einer neutralen Stellung und verweigerte die Identifikation mit dem demokratischen Staat.(2)

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch war für große Teile der Arbeiterschaft eine Herausforderung, auf die diese durch Organisation von Selbstschutztruppen reagierte - Im Ruhrgebiet, in Sachsen, und Thüringen gingen die Arbeiter gegen die Freikorps vor; die Auseinandersetzungen mündeten in regelrechte Bürgerkriegskämpfe.

- In Berlin setzten die Gewerkschaften nach dem Fehlschlag des Putsches den Generalstreik mit dem Ziel fort, gesellschaftliche und politische Sicherungen für die demokratische Fortentwicklung der Republik (unter anderem Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige; gewerkschaftliche Einfluss auf die- Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung) zu schaffen ("Acht-Punkte-Programm").

- Die im Ruhrgebiet gebildete Rote Armee, in der USPD und radikal-syndikalistische Gruppen mehr Einfluss hatten als die KPD, konnte wochenlang Widerstand leisten (vgl. Dok. 2).

Als es Anfang Mai der Regierung mit Hilfe der Reichswehr und Sicherheitspolizei gelang, nach gewaltsamen Kämpfen im Ruhrgebiet und in Mitteldeutschland wieder Herr der Lage zu werden, übertraf (wie schon bei der Niederschlagung der Münchner Räterepublik) in den- Aufstandsgebieten der "weiße Terror" der Freikorps den "roten Terror" - bei weitem an Grausamkeit.

Die Radikalisierung auf der Linken

Noch unter dem Eindruck des Kapp-Lüttwitz-Putsches und der Arbeiteraufstände wurden im Juni 1920 die Wahlen zum 1. Reichstag der Republik abgehalten. Ihr Ergebnis zeigte eine deutliche Radikalisierung auf der Rechten wie auf der Linken, während die SPD einen guten Teil ihrer Stimmen verlor. Die Parteien der Weimarer Koalition (SPD, DDP, Zentrum), die sich als Stützen der Republik verstanden, blieben fortan in der Minderheit.

Ende 1920 gewann die KPD infolge der USPD-Spaltung eine breite Basis- Im Oktober 1920 zerbrach die Partei der Unabhängigen über der Frage eines Anschlusses an die Kommunistische Internationale. Die ca. 300000 Befürworter eines Anschlusses schlossen sich der KP an, die damit plötzlich von einer politischen Sekte zu einer revolutionären Massenpartei wurde; in der Arbeiterschaft des mitteldeutschen Industriegebietes konnte sie eine deutliche Mehrheit erringen.

Der Massenzulauf zur KPD führte dazu, dass diese ihr revolutionäres Potential überschätzte und = ermutigt durch die Komintern sich Ende März 1921 zu einer bewaffneten Aktion in Mitteldeutschland (sächsisches Industriegebiet) entschloss (vgl. Dok. 3).

Der Aufruf zum Generalstreik in ganz Deutschland wurde nur ausnahmsweise (zum Beispiel in Hamburg) befolgt; schon bald entglitt der Parteizentrale die Leitung der Bewegung, und Gewalttaten und Plünderungszüge -- diese meist unter der Führung des schon zuvor _ aus, der Partei ausgeschlossenen Bandenchefs Max Hölz - kennzeichneten die Aktion bis zu ihrem völligen Zusammenbruch.(4)

Der nächste KPD-Versuch einer Revolution erfolgte 1923 im Zusammenhang mit dem Ruhrkampf. Die Verelendung großer Arbeitermassen infolge der Inflation und die hohe Arbeitslosigkeit führten den Kommunisten erneut viele Sympathisanten zu.. In Moskau hatte man die Hoffnung auf einen "deutschen Oktober" und den Beginn der Weltrevolution. In Sachsen und Thüringen, wo unter den Ministerpräsidenten Erich Zeigner und August Frölich SPD-Regierungen mit starker Linkstendenz an der Macht waren, wurden "proletarische Hundertschaften" aufgestellt, die als Sturmtruppe des Proletariats im Kampf um die Macht fungieren sollten.

Nachdem die Reichsregierung den Ausnahmezustand verhängt hatte, um gegen eine mögliche nationale Erhebung in Bayern vorbereitet, zu sein, waren die legalen Voraussetzungen für eine Reichsexekution gegen Thüringen und Sachsen geschaffen. Dort waren seit dem 12./13. Oktober 1923 Kommunisten an den Regierungen beteiligt ("Regierung der republikanisch-proletarischen Verteidigung"). In offener Auflehnung gegen das Reich weigerten sich diese Regierungen, der Aufforderung zur Auflösung der "proletarischen Hundertschaften" nachzukommen., Ende Oktober marschierte die Reichswehr in Sachsen ein. Nach Einsetzung eines Reichskommissars und Absetzung der sächsischen Regierung (vgl. Dok. 4) wählte der Landtag den Sozialisten Fellisch zum die Ministerpräsidenten. Angesichts ihrer ungenügenden Stärke verzichteten die Kommunisten darauf, die Revolution in Gang zu setzen. Der "deutsche Oktober" fand nicht statt (vgl. Dok. 5).(5)

Die Radikalisierung auf der Rechten

Auf der Rechten lebten die Freikorps auch nach ihrer offiziellen Auflösung unter verschiedenen Tarnbezeichnungen (Soldatenvereine, Sportklubs usw.) weiter. Der berüchtigste dieser Bünde war die "Organisation Consul" (O. C.), eine geheime Nachfolgeorganisation der Brigade Ehrhardt (vgl. Dok. 6).

Die Aktivisten der Geheimbünde terrorisierten durch Attentate und Fememorde politisch Andersdenkende und konnten zudem noch auf die zustimmende Sympathie im nationalgesinnten Bürgertum rechnen. Der Welle von Anschlägen, die ab 1920 gegen Exponenten der Republik einsetzte, fielen im August 1921 der Zentrumsminister Matthias Erzberger - der wie kaum ein anderer Politiker mit dem neuen Staat identifiziert wurde - und im Juni 1922 der Außenminister Walther Rathenau zum Opfer. Während der Mord an Erzberger in nationalen Kreisen freudige Zustimmung fand, hatte der Mord des auch in weiten Kreisen des Bürgertums respektierten Rathenau eine Welle der Empörung in ganz Deutschland, vor allem auf dem politischen linken Spektrum und in der Mitte, zur Folge. Um besser gegen die hemmungslose Hetze der nationalistischen Rechten gegen die Republik und ihre Vertreter vorgehen zu können, verabschiedete der Reichstag (gegen die Stimmen der DNVP, BVP und KPD) ein "Gesetz zum Schutze der Republik", dessen (nicht erreichtes) Ziel es war, die Nachfolgeorganisationen der Freikorps zu verbieten und das Treiben der Mordaktivisten einzudämmen.(6)

Der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich

Das Verhältnis zwischen Bayern und der Republik hat das politische Leben in Deutschland aufs schwerste belastet.(7) Nach dem Kapp-Putsch trat der Regierungspräsident von Oberbayern, von Kahr, an die Spitze der bayerischen Regierung. Unter dem Einfluss der streng monarchischen BVP wurde Bayern zur Hochburg der Gegenrevolution, zur "Ordnungszelle" des Reiches, in der republikfeindliche Organisationen - wie bewaffnete Einwohnerwehren, so die "Organisation Escherich" oder vielerlei "vaterländische Verbände", deren Schirmherr General Ludendorff, war - frei agitieren konnten.

Nach der Weigerung Bayerns, - wo auf Kahr im September 1921 Graf Lerchenfeld und auf diesen im November 1922 von Knilling als Regierungschef gefolgt war -, das Gesetz zum Schutz der Republik als bindend anzuerkennen, verschärfte sich der Konflikt mit dem Reich. Als Protest gegen die Aufgabe des Ruhrkampfes im September 1923 sowie als Folge der nationalsozialistischen Welle und der separatistischen Erscheinungen in der bayerischen Pfalz verkündete Bayern den Ausnahmezustand und legte die Exekutivgewalt in die Hände des Generalstaatskommissars von Kahr, der sich auf die Wehrverbände und die übrigen konservativen Kräfte stützte. Ein erneuter Konflikt zwischen Bayern und dem Reich ergab sich, als der "Völkische Beobachter", die Zeitung der in Bayern legal gegen die Republik agitierenden NSDAP, verboten werden sollte. Der mit der Durchführung des

Proklamation

an das deutsche Volk!

Die Regierung der Novemberverbrecher in Berlin ist heute für abgesetzt erklärt worden.

Eine
provisorische deutsche
Nationalregierung
ist gebildet worden, diese besteht aus
Gen. Ludendorff
Ad. Hifler, Gen. v. Lossow
Obsf. v. Seisser

Plakat der Hitler-Putschisten vom 9. November 1923.

Verbots beauftragte General von Lossow weigerte sich, dem Befehl des Reichswehrministers Geßler nachzukommen. Statt dessen ließ er sich und die bayerische Reichswehrdivision von der bayerischen Regierung "in die Pflicht nehmen"(8). Dieser Akt der Rebellion, der in ganz Deutschland als eine Parallele zum gleichzeitigen Separatismus im Rheinland aufgefasst wurde, führte direkt auf den Hitler-Putsch hin (vgl. Dok 7).

Der Hitler-Putsch

Adolf Hitler war seit Juni 1921 Vorsitzender der NSDAP, deren Parteiorganisation in jenen Jahren im wesentlichen auf die Parteizentrale München beschränkt war. Zur Behauptung in der Öffentlichkeit stützte sie sich auf ihre paramilitärische Organisation SA. 1923 war die Partei in größten Teilen Deutschlands verboten: so in Preußen, Sachsen, Thüringen, Hamburg, Bremen, Baden, Württemberg. Vor dem Putsch dürfte sie in München schätzungsweise 35000, in Bayern insgesamt 150 000 Mitglieder gehabt haben:

Als im Oktober 1923 der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich offen ausgebrochen war, trafen Kahr, Lossow und ihr völkisch-nationaler Anhang Vorbereitungen zum "Marsch auf Berlin". Seeckt, der Chef der Heeresleitung, der sich zu jener Zeit mit Diktaturplänen trug, weigerte sich erneut - wie, schon beim Kapp-Putsch -, die Reichswehr gegen die Gefahr aus Bayern aufmarschieren zu lassen.

Kahr hatte für den. 8. November seine Anhänger im Bürgerbräukeller-zusammengerufen. Anwesend waren auch der Wehrkreisbefehlshaber Lossow, der Kommandeur der bayerischen Schutzpolizei Seisser sowie Ludendorff. Hitler überrumpelte die Versammlung im Bürgerbräukeller, erhielt die halbherzige Zustimmung Kahrs, Lossows und Seissers zu seinem Putschplan und rief nach Absetzung der bayerischen und der Reichsregierung noch` an Ort und Stelle die neue, provisorische Regierung aus, in der er sich selbst zum Kanzler erklärte (vgl. Dok. 8).

Im Laufe der Nacht zum 9. November sagten sich Kahr, Lossow und Seisser mit dem Hinweis, erpresst worden zu sein, von dem Unternehmen wieder los. Der Demonstrationzug des folgenden Tages, an dessen Spitze Hitler und Ludendorff marschierten, wurde an der Feldherrnhalle durch die Schüsse der bayerischen Landespolizei auseinandergetrieben. Damit war die "nationale Revolution" beendet.

Auf die Nachricht vom Münchner Putsch hin wurde die vollziehende Gewalt im Reich (bis Februar 1924) formell General von Seeckt übertragen. Im Gefolge der parlamentarischen Auseinandersetzung über diesen Putschversuch stürzte die Regierung Stresemann. Dieser hatte sich in den kritischen Tagen der Auseinandersetzung mit Kahr und Lossow - vor allem wegen seiner Zweifel am Erfolg eines derartigen Vorgehens - geweigert, eine Reichsexekution gegen Bayern durchzuführen. Diese auffällige Ungleichbehandlung Bayerns gegenüber Sachsen und Thüringen kostete ihn die Unterstützung der Sozialdemokraten und führte zu seinem Sturz; er wurde vom Kabinett Marx (Zentrum) abgelöst.

Beim Hitler-Putsch wurde deutlich, dass der bürgerlich-konservative Nationalismus und der. revolutionäre Nationalismus, die bis dahin durch ihre übereinstimmende Ablehnung des republikanischen Staates von Weimar negativ zusammengewirkt hatten, verschiedene politische Ziele verfolgten. Vorerst hatten sich die nationalkonservativen Kräfte als die stärkeren erwiesen; die Gemeinsamkeit einer in sich geschlossenen nationalen Opposition mit antirepublikanischen Diktaturplänen war zerbrochen.



Unter der kaiserlichen Reichskriegsflagge setzt sich hier eine der ersten SA-Abteilungen in Marsch, um sich an Hitlers Putschversuch vom 9. November 1923 zu beteiligen.



Hitler mit Erich Ludendorff (links) beim Prozeß nach dem mißglückten Putsch

Anmerkungen

- 1 Zur Marinebrigade Ehrhardt vgl. Gabriele Krüger, Die Brigade Ehrhardt, Hamburg 1971.
- 2 Zum Verhältnis Reichswehr-Staat in den ersten Jahren der Weimarer Republik vgl. H. J. Gordon, Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919--1926, Frankfurt 1959; allgemein: Gordon A. Craig, Die preußisch-deutsche Armee 1640-1945. Staat im Staate, Düsseldorf 1980 (Kap. IX-XI)
- 3 Hierzu G. Eliasberg, Der Ruhrkrieg 1920. Zum Problem von Organisation und Spontaneität in einem Massenaufstand und zur Dimension der Weimarer Krise. In: Archiv für Sozialgeschichte 10, 1970, S. 291-377
- 4 Vgl. W. T. Angress, Stillborn Revolution. The Communist Bid for Power in Germany 1921-1923, Princeton 1963
- 5 Quellenmaterial zum Linksrakalismus in Sachsen und Thürigen sowie zur Reichsexekution gegen Sachsen in: Ursachen und Folgen, Bd. 5, S. 469-508; siehe auch K. Hohlfeld Die Reichsexekution gegen Sachsen im Jahre 1923, ihre Vorgeschichte und politische Bedeutung, Erlangen 1964
- 6 Vgl. den Text des "Gesetz(es) zum Schutze der Republik" vom 21. Juli 1922 in: Ursachen und Folgen, Bd. 4, S. 234-239; § 1 ,des Gesetzes lautet: "Wer an einer Vereinigung oder Verabredung teilnimmt,, zu deren Bestrebungen es gehört, Mitglieder einer republikanischen Regierung des Reiches oder eines Landes durch den Tod zu beseitigen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft. Ist in Verfolgung dieser Bestrebungen eine Tötung begangen oder versucht worden, so wird jeder, der zur Zeit der Tat an der Vereinigung oder Verabredung beteiligt war, und ihre Bestrebungen kannte, mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus bestraft."
- 7 Zum Konflikt Bayern-Reich sowie zum Hitlerputsch vgl. die im Literaturverzeichnis angegebenen Werk von Deuerlein, Gordon, Hofmann, Zimmermann
- 8 Hierzu Thilo Vogelsang, Die Reichswehr in Bayern und der Münchner Putsch 1923. Dokumentation. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 5, 1957, S. 91-1-01

Literatur

- Hans Manfred Bock; Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 -1923, Meisenheim 1969
- Knut Borchardt, Wachstum, Krisen und Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik: Göttingen 1982
- F. L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918 -1933. Köln 1964
- Ernst Deuerlein Hg., Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten, München 2. Aufl. Stuttgart 1976
- Ernst Deuerlein Hg., Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. 1962
- Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20, Düsseldorf 1967
- Gerald D. Feldmann, Industrie und Gewerkschaften 1918 -1924. Die überforderte Zentralarbeitsgemeinschaft. Stuttgart 1985
- Ossip K. Flechtheim, Die KPD in der Weimarer Republik. Frankfurt/Main 2. Aufl. 1969
- H. J. Gordon, jr., Hitlerputsch 1923. Machtkampf in Bayern. 1923 T 1924. Frankfurt/Main 1971

Emil Julius Gumbel, Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918 -1924. Wien 1924, Reprint (mit einem Vorwort von Karin Buselmeier) Heidelberg 1979

H. - H. Hoffmann, Der Hitler-Putsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920 -1924. München 1961

Ernst Rudolf Huber, Weimarer Republik. Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 6., Stuttgart 1981

Heinz Hürten (Hg.), Das Krisenjahr 1923. Militär und Politik 1922 -1924. Düsseldorf 1986

A. Kasting, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Koalition und Opposition 1919 -1923. Paderborn 1970

Michael H. Kater, Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918 -1933, Hamburg 1975

Irmela Nagel, Fememorde und Fememordprozesse in der Weimarer Republik. Köln 1991

Gerhard Schulz, Deutschland, seit dem Ersten Weltkrieg 1918 -1945, Göttingen 1976

Michael Stürmer (Hg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas. Königstein 1985

Walter Tormin Hg., Die Weimarer Republik, Hannover 1973

Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Bd.-4: Die Weimarer Republik.

Vertragserfüllung und innere Bedrohung 1919/1922, Berlin o. J.; Bd. 5: Die Weimarer Republik. Das kritische Jahr 1923, Berlin o. J

Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 -1924. Berlin 1984

W. G. Zimmermann, Bayern und das Reich 1918-1923. Der Bayerische Föderalismus zwischen Revolution und Reaktion. München 1953

Dokumente

Dok. 1 Reichswehrminister Noske über die Ereignisse des 13. März 1920

Auf die Meldung hin, dass die Brigade antrete, waren die Generale v. Oldershausen und v. Oven nach Döberitz gefahren. Sie brachten ein Ultimatum Ehrhardts mit, das er aus dem Handgelenk heraus entworfen hatte und das sich mit den deutschnationalen Forderungen nach baldigen Wahlen, Präsidentenwahl, Berufung von Fachministern deckte. Die lärmende Agitation der rechtsstehenden Parteien und die Hetze der Blätter ihrer Parteirichtung hatte den Mann in den Wahn versetzt, dass er berufen sei, das Vaterland zu retten. Kategorisch erklärte ich, für mich käme irgendein Verhandeln mit dem Rebellen nicht in Frage. Auf meine spätere Frage an einen der Generale, weshalb er Ehrhardt nicht eine Kugel durch den Kopf geschossen habe, erfolgte ein Achselzucken.

In meinem Zimmer saßen und standen General Reinhardt, mein Stabschef Major v. Gilsa, die Generale v. Seeckt, v. Oldershausen, v. Oven, Admiral v. Trotha, mehrere andere Offiziere und der Ministerialdirektor Rauscher. Die Folgen des Putsches setzte ich den Herren kurz auseinander: Die Marine gebe dem Reiche vielleicht den Rest, das Offizierskorps könne sich als erledigt betrachten. Doch dürfe man auch jetzt den Mut nicht sinken lassen. Meiner Aufforderung, zu den Truppen zu gehen und sie zum Kampfe zu führen, wollten jedoch nur General Reinhardt und Major v. Gilsa entsprechen. Die übrigen Herren machten Einwände, Reichswehr werde nicht auf Reichswehr schießen, Polizeioffiziere habe man auf dem Wege nach Döberitz gesehen; der Kampf würde höchstens zu einem fürchterlichen Blutbad führen, mit einer unvermeidlichen Niederlage für die zu schwachen Berliner Truppen. Mit einem Gefühl tiefsten Ekels brach ich die Verhandlung ab, rief den Reichskanzler und den Reichspräsidenten an und schlug vor, das Kabinett zusammenzuberufen, das entscheiden möge, was zu tun sei.

Die Mitglieder des Reichskabinetts kamen nach und nach; ebenso einige preußische Minister. Jeder wollte informiert werden. Zu einer regelrechten Sitzung kam es nicht, so sehr Ebert mit unerschütterlicher Ruhe bemüht war, eine kühl überlegende Aussprache herbeizuführen. Erneut wurde als Überzeugung der Militärs festgestellt, die Aufnahme des Kampfes bedeute zweckloses Blutvergießen, da der Erfolg der Rebellen sicher sei.

Darauf erhielt General Reinhardt, der mit im Zimmer des Kanzlers weilte, während die übrigen Offiziere in der Bibliothek standen, den Befehl, die Truppen zu entlassen. Nach kurzer Aussprache kam man überein, dass es unzweckmäßig sei, wenn alle Minister in Berlin blieben, da sie durch Verhaftung aktionsunfähig gemacht werden würden. Den Vorschlag, sich vorerst nach Dresden zu begeben, begründete ich mit der Notwendigkeit, rasch auf die Truppen außerhalb Berlins Einfluss zu gewinnen. Ich war sicher, dass sie in ihrer großen Mehrheit treu bleiben würden.

Meine Zuversicht ist nicht getäuscht worden. Der weitaus größte Teil der Reichswehr, Offiziere wie Mannschaften, hat loyal seine Pflicht getan. Manche Verwirrung und beklagenswerte Missverständnisse gab es in einer Anzahl von Fällen, weil die Sachlage weder von den Soldaten noch von den Arbeitern klar erkannt wurde. In verschiedenen Garnisonstädten ist es zu Kämpfen gekommen, weil aus tiefstem Misstrauen gegen die Soldaten absolut regierungstreue Truppen angegriffen wurden. Dort aber, wo Offiziere eidbrüchig wurden oder schwankten, haben sich Mannschaften und Unteroffiziere meist gegen sie erhoben.

(aus: Ursachen und Folgen, Bd., 4. S. 87 f.)

Dok. 2 Aufforderung der Reichsregierung an die Aufständischen im Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier zur Kapitulation, 28. März 1920

Die Regierung hat durch die "Bielefelder Verhandlungen" versucht, ohne Anwendung von Gewalt die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wieder herzustellen. Der Versuch ist gescheitert. Die rote Armee hat sich nicht danach gerichtet. Die Angriffe auf Wesel sind mit der größten Heftigkeit fortgesetzt worden, die Gefangenen wurden nicht freigegeben, die Abgabe der Waffen nicht durchgeführt, die Verhältnisse haben sich im Gegenteil noch verschlimmert. Zahlreiche Notschreie aus allen Teilen der Bevölkerung berichten über Verbrechen und Gewalttätigkeiten, die von den roten Truppen begangen werden; das zwingt die Regierung zum energischen Handeln, um möglichst bald wieder geordnete Verhältnisse in diesen Gebieten herzustellen und die Bevölkerung vor Willkürakten zu schützen. Um aber allen Verführten nochmals Gelegenheit zu geben, zur Vernunft zurückzukehren, will die Regierung noch eine letzte Frist gewähren, ehe sie mit Waffengewalt einschreitet. Sie fordert daher bis zum 30. März, 12 Uhr mittags, eine ausreichende Sicherheit für den Militärbefehlshaber des Wehrkreises VI, Generalleutnant v. Watter in Münster, für die Annahme und Durchführung folgender Bedingungen:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität.
2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintreten für die Kapp-Lüttwitz-Regierung belastet sind.
3. Sofortige Auflösung der roten Armee.
4. Völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung einschließlich Einwohnerwehren unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. - Die Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt werden.
5. Sofortige Freigabe der Gefangenen.

Falls diese Bedingungen angenommen werden, wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen, andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur vollen Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.

Die Reichsregierung:

Der Reichswehrminister: Der Reichskanzler:

gez. Geßler gez. Müller (aus: Ursachen und Folgen. Bd. 4, S. 123.)

Dok. 3 Aufruf der Führung der Aufständischen an die Bevölkerung des Mansfelder Kreises, Ende März 1921

Das werktätige Volk der Mansfelder Kreise hat die politische Macht selbst übernommen und mich zum politischen Kommissar bestellt. Kraft dieser Bestellung ordne ich an:

Alle Amtsvorsteher und Gemeindevorsteher unterstehen nur noch meinen Anordnungen und haben Anordnungen von irgendwelcher anderen Seite, den Landräten und sonstigen bisherigen Behörden, keine Folge zu leisten.

Alle Amts- und Gemeindevorsteher erhalten bis zur Wahl von Arbeiterräten einen politischen Beirat, der für die Durchführung meiner Anordnungen verantwortlich ist.

Die Landräte der Mansfelder Kreise sind außer Dienst gestellt und haben sich jeder Amtshandlung zu enthalten.

Die politischen Beiräte tragen mit Sorge für die sofortige Besetzung der Post- und Telegraphenanstalten mit zuverlässigen Arbeitern. Der Telegraphenbetrieb wird vorläufig unterbunden. Der

Postbetrieb bleibt, jedoch nur für die Mansfelder Kreise, bestehen.

Beschlagnahmungen irgendwelcher Art geschehen nur auf meine Anweisung. Plünderungen werden mit dem Tode bestraft.

Die Versorgung der Bevölkerung wird sichergestellt. Alle Vorräte an Lebensmitteln sind durch mich beschlagnahmt und hat jeder derzeitige Inhaber dieselben zu meiner Verfügung zu halten. Es wird von jedermann über die Verwendung Rechenschaft gefordert.

Die Arbeiterschaft trägt die volle Verantwortung für die Durchführung meiner Anweisungen. Jeder Widerstand gegen die Macht der Arbeiterklasse wird mit allen Mitteln gebrochen.

Arbeiter, handelt nach dem Vorbild, welches Euch von der Reaktion bei den früheren Kämpfen gegeben wurde!

Der politische Kommissar für die Mansfelder Kreise. (aus: Ursachen und Folgen, Bd. 4, S. 165.)

Dok. 4 Aus einem Schreiben Dr. Stresemanns an den sächsischen Ministerpräsidenten Dr. Zeigner vom 27. Oktober 1923

Die Propaganda der Kommunistischen Partei hat unter Führung der Ihrem Kabinett angehörenden kommunistischen Mitglieder Formen angenommen, die den gewaltsamen Sturz der Reichsverfassung und ihre Zertrümmerung zum Ziele haben und herbeiführen können. Auf das Unhaltbare dieser Situation hat bereits Herr General Müller, dem von Reichswegen die vollziehende Gewalt für Sachsen übertragen ist, in seinem Schreiben vom 17. Oktober d. Js. nachdrücklich hingewiesen. Seine an Sie gerichtete Anfrage ist von Ihnen ohne Antwort gelassen worden. Der Geist der Widersetzlichkeit und Gewalttätigkeit der Kommunistischen Partei zeigt sich in den Ausführungen des Leiters Ihrer Staatskanzlei, Herrn Ministerialdirektor Brandler, der in Chemnitz am 21. Oktober öffentlich zum Kampf gegen die Reichswehr aufgefordert hat. Er zeigt sich in einem Aufsatz desselben Leiters der Staatskanzlei in dem offiziellen Organ der russischen kommunistischen Partei "Prawda", in dem ei unter Bezugnahme auf die Organisation proletarischer Hundertschaften davon spricht, dass es an der Zeit sei, zu handeln.

In einem Flugblatt, das der Landesverband der Kommunistischen Partei Deutschlands und die sächsische Landtagsfraktion, der Ihre kommunistischen Minister im Kabinett angehören, erlassen haben, wird General Müller, der mit der vollziehenden Gewalt von der Reichsregierung beauftragt ist, verhöhnt, und es wird zur Nichtbefolgung seiner Anordnungen aufgereizt. Es wird

weiter aufgereizt zur Mobilisierung der Massen, zur Aufstellung neuer Hundertschaften, zur Bildung von Aktionsausschüssen.

Ein Einschreiten gegen die Urheber dieser Hetzereien ist deshalb unmöglich, weil sie unter dem Schutze der Immunität der Landtagsabgeordneten stehen. Die Ansage des offenen Kampfes an die Reichsregierung muss notwendig das Ziel der Regierung, Ruhe, Ordnung und Sicherheit im Lande aufrechtzuerhalten, stören und unmöglich machen: Die Beseitigung dieses Zustandes ist unerlässlich. Im Auftrage der Reichsregierung fordere ich Sie deshalb hierdurch auf, den Rücktritt der sächsischen Landesregierung zu vollziehen, weil die Teilnahme kommunistischer Mitglieder an dieser Landesregierung angesichts dieser Vorgänge mit verfassungsmäßigen Zuständen unvereinbar ist.

Ich ersuche Sie, mir über den Rücktritt der Regierung innerhalb des morgigen Tages, des 28. Oktober, Nachricht zu geben. Falls eine Neubildung der Regierung auf anderer Grundlage ohne Mitwirkung kommunistischer Mitglieder nicht sofort herbeigeführt und dadurch die Ruhe, Sicherheit und Ordnung des Landes weiter gefährdet werden sollte, wird der Inhaber der vollziehenden Gewalt einen Reichskommissar bestellen, der die Verwaltung des Landes bis zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in die Hand nimmt.

(aus: Ursachen und Folgen, Bd. 5, S. 498. f.)

Dok. 5 Die Oktoberereignisse in kommunistischer Sicht

Thesen zur Oktoberniederlage der KPD, 1. Dezember 1923

Zur Oktoberniederlage:

1. Der Oktoberrückzug war unvermeidlich und richtig.
2. Die grundlegenden Ursachen der Oktoberniederlage sind objektiver Art und nicht wesentlichen taktischen Fehlern der KPD geschuldet. Die entscheidende Ursache ist der noch zu starke hemmende Einfluss der Sozialdemokratie: Die Mehrzahl der Arbeiterklasse war nicht mehr bereit, für die Novemberdemokratie zu kämpfen, die ihnen bereits materiell nichts mehr gab, und noch nicht bereit, für die Rätediktatur und den Sozialismus zu kämpfen.

Oder anders ausgedrückt: Die Mehrheit der Arbeiterklasse war noch nicht für den Kommunismus gewonnen.

3. Der gemeinsame Fehler der Exekutive wie der Zentrale der KPD war falsche Beurteilung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Arbeiterklasse, zwischen SPD und KPD.

Die KPD hat in dieser Beziehung sich kritisch gegenüber der Exekutive verhalten, aber nicht genügend energisch. Die Exekutive hat dieser Kritik nicht das genügende Gewicht beigelegt.

4. Die Folgen dieser falschen Beurteilung des Kräfteverhältnisses waren:

- a) ein zu früher Termin des Endkampfes,
- b) die Vernachlässigung der Teilkämpfe und der politischen Vorbereitung,
- c) infolge der mangelnden Verbindung zwischen politischer und technischer Vorbereitung litt auch die militärisch-technische Vorbereitung.

5. Mängel zweiter und dritter Ordnung waren: a) in Sachsen und Thüringen nicht genügende Ausnutzung der gegebenen Positionen sowohl in bezug auf Zersetzung der SPD und Heranziehung der SPD-Arbeiter an die KPD, wie auch in bezug auf die Organisation der militärischen Abwehr.

b) Schwerfälligkeit der organisatorischen Umstellung der Partei für den Bürgerkrieg.

6. Alle diese Fehler und Mängel ändern nichts wesentliches an dem grundlegenden Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse.

(aus: Ursachen und Folgen, Bd., 5, S 504 f.

Dok. 6 Die Satzungen der Organisation Consul

Die Ziele unserer Partei ergeben sich aus der Lage

A.) Geistig:

- a.) Weitesten Pflege und Verbreitung des nationalen Gedankens.
- b.) Bekämpfung alles anti- und internationalen, des Judentums, der Sozialdemokratie und der linksradikalen Parteien.
- c.) Bekämpfung der antinationalen Weimarer Verfassung mit Wort und Schrift. Aufklärung weiter Kreise über die Verfassung.
- d.) Propagierung einer für Deutschland allein möglichen Verfassung auf föderalistischer Grundlage.

B.) Materiell:

a.) Sammlung von entschlossenen nationalen Männern zu dem Zweck:

- 1.) die vollständige Revolutionierung Deutschlands zu verhindern,
- 2.) bei: großen inneren Unruhen deren vollständige Niederwerfung zu erzwingen und durch Einsetzen einer nationalen Regierung die Wiederkehr der heutigen Verhältnisse unmöglich zu machen,
- 3.) die durch den Versailler Vertrag angestrebte Entmannung und Entwaffnung unmöglich zu machen und dem Volke seine Wehrmacht und die Bewaffnung - soweit wie möglich - zu erhalten.

Die Organisation ist eine Geheimorganisation und trägt den Namen "Organisation C."

Alle Mitglieder verpflichten sich, die im Vorwort angegebenen Punkte und Ziele nach besten Kräften, an welcher Stelle sie auch seien, zu erfüllen und zu erreichen zu suchen.

Sie verpflichten sich; untereinander ein Schutz- und Trutzbündnis zu schließen, wodurch jeder Angehörige der Organisation der weitgehendsten Hilfe aller anderen Mitglieder sicher sein kann.

§4

Die Mitglieder verpflichten sich, ein Machtfaktor zu sein, um geschlossen als starke Einheit dazustehen, wenn die Not, die Ehre unseres deutschen Volkes und die Erreichung unserer Ziele es erfordert.

§5

Jeder verpflichtet sich zu unbedingtem Gehorsam gegenüber der Leitung der Organisation und deren Organen.

Mitglied kann jeder national-denkende Deutsche werden, der sich verpflichtet, sich den Satzungen der Organisation zu unterwerfen. Beim Eintritt sind mindestens drei Bürgen zu

stellen. Die Aufnahme erfolgt durch den Gauleiter, Obertritt geschlossener Verbände regelt die Leitung.

Juden, überhaupt jeder Fremdrassige; ist von der Aufnahme in die Organisation ausgeschlossen.

§8

Bei Neuwerbungen Über eine allgemeine Orientierung stattfinden. Über Aufbau, Leitung, Organisation usw. wird der Neueingestellte erst nach erfolgter Verpflichtung orientiert.

§9

Die Mitgliedschaft erlischt: a.) durch den Tod

b.) durch Ausweisung infolge unehrenhafter Handlungen

c.) bei Ungehorsam gegen Vorgesetzte d.) durch freiwilligen Austritt.

§10

Jedes Mitglied verpflichtet sich, über alle Nachrichten, die ihm von der Leitung direkt oder durch andere Mitglieder zugehen, gegenüber jedem nicht der Organisation Angehörigen das strengste Stillschweigen zu bewahren und in irgendwelchem Schriftverkehr, der mit der Organisation im Zusammenhang steht, die größte Vorsicht walten zu lassen.

Verräter verfallen der Feme. Dies gilt auch für die nach § 9, b--d ausgeschiedenen Mitglieder.

§12

Die Verpflichtungsformel lautet:

"Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich deutscher Abstammung bin. Ich verpflichte mich ehrenwörtlich durch Handschlag, mich den Satzungen der O.C. zu unterwerfen und nach ihnen zu handeln. Ich gelobe dem Obersten Leiter der Organisation und meinem Vorgesetzten unbedingten Gehorsam zu leisten und über alle Angelegenheiten der Organisation das strengste Stillschweigen zu bewahren, auch nach etwaigem Austritt."

§13

Auf Befehl des Leiters finden Versammlungen der Gauleiter statt. Die Gauleiter sind verpflichtet, die ihrem Gau angehörenden Mitglieder auf dem laufenden zu halten.

§14

Alle Mitglieder sind verpflichtet, ihren Gauleitern etwaige Anschriftsänderungen sofort mitzuteilen.

Wahlspruch: Kampf für Deutschlands Wiedergeburt.

(aus: Gotthard Jasper, Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 10; 1962, S. 439 f.)

Dok. 7 Tagesbefehl des Chefs der Heeresleitung, General von Seeckt, vom 22. Oktober 1923

Die bayerische Regierung nimmt die Truppen der 7. (bayerischen) Division in Pflicht und ernennt den vom Reichswehrminister seiner Dienststelle enthobenen Divisionskommandeur ihrerseits zum Landeskommendanten und Divisionskommandeur.

Der Schritt der bayerischen Regierung ist ein gegen die Verfassung gerichteter Eingriff in die militärische Kommandogewalt. Wer dieser Anordnung der bayerischen Regierung entspricht, bricht seinen dem Reich geleisteten Eid und

macht sich des militärischen Ungehorsams schuldig. Ich fordere die-7. (bayerische) Division des Reichsheeres hierdurch feierlichst auf, ihrem dem Reich geleisteten Eid treu zu bleiben und sich dem Befehl ihres höchsten Militärbefehlshabers bedingungslos zu fügen. Der Reichstreue aller anderen Teile des Heeres halte ich mich für versichert.

(aus: Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 490 vom 22. Oktober 1923, zit. nach Ursachen und Folgen, Bd. 5 S. 397.)

Dok. 8 Alfred Rosenberg über Hitlers Handstreich

. . . Schließlich kam am 8. November um 11.30 Uhr Adolf Hitler zu mir in mein Zimmer und sagte zu mir: "Rosenberg, heute abend geht's los! Kahr hält seine Regierungsrede, und da fangen wir alle zusammen im 'Bürgerbräu' ein. Wollen Sie mitkommen?" Ich antwortete ihm: "Selbstverständlich!" Es wurde abgemacht, dass der Führer mich in seinem Wagen am Abend abholen würde....

Ungefähr gegen 7.45 Uhr erschien dann Adolf Hitler in meinem Zimmer. Er war durchaus ernst und ruhig; wir setzten uns wortlos in seinen Wagen und fuhren zum "Bürgerbräukeller" hinaus. Der ganze Saal war dichtgefüllt, der Generalstaatskommissar sprach in monotoner Weise von seinen Plänen und Absichten. Hitler und ich standen am Eingang neben der Säule. Dort hatten wir Dr. Max von Scheubner-Richter bereits vorgefunden. Wir verharrten weitere zehn Minuten beim Anhören der Kahrschen Rede, als plötzlich die Tür mit einem großen Krach aufgerissen und ein Maschinengewehr von Schwebewaffneten in den Saal gerollt wurde. Geschoben wurde dieses MG von dem aktiven Kriminalkommissar der bayerischen Polizei, Pg. Gerum, in feldgrauer Uniform. Das war das Zeichen zum Losschlagen.

Adolf Hitler und sein Begleiter Graf, Dr. von Scheubner-Richter und ich zogen unsere Pistolen aus der Tasche, entsicherten sie und gingen zu viert, Adolf Hitler voran, unter lautloser Stille zum Podium, auf dem der Generalstaatskommissar verstummt herumstand. Als Adolf Hitler das Podium bestieg, brandeten erregte Worte zu ihm empor, auch Angstrufe von denen, die das Maschinengewehr in ihrer Nähe erblickt hatten, so dass der Führer, um sich Ruhe zu verschaffen, einen Schuss in die Saaldecke abgab. Dann trat Ruhe ein.

Adolf Hitler sprach in leidenschaftlicher Weise von der Mission seiner Bewegung, voller Hoffnung, dass das, was ihn als erblindeten Soldaten in die Politik getrieben habe, nunmehr verwirklicht werden könne; er forderte alle Gutwilligen auf, mit der neuen Regierung zu arbeiten, um ein neues Deutschland der Freiheit aufzurichten zu können. Es trat dann eine kurze Pause ein, in deren Verlauf Adolf Hitler, mit von Kahr, General von Lossow und Oberst Seisser unterhandelte. Ministerpräsident von Knilling geleiteten wir beide bis zur Tür. Adolf Hitler sagte ihm: "Herr Ministerpräsident, es tut mir leid, Ihnen dies angetan zu haben, aber das Schicksal Deutschlands hat das notwendig gemacht." Knilling ging wortlos neben uns her und wurde dann weitergeführt.

(aus: Ursachen und Folgen, Bd. 5, S. 4311.)

